

Über 1.000 Tote an Mauer und Stacheldraht mahnen CDU kritisiert geschichtsvergessene Politik des Senats

44 Jahre nach dem Mauerbau versucht der rot-rote Senat weiterhin, die Geschichte dieser Stadt umzudeuten. In der barbarischen Schleifung der Mauerkreuze am Checkpoint Charlie fand diese Geschichts-ideologie einen unwürdigen Tiefpunkt. Die Berliner CDU kämpft weiterhin für einen authentischen und verantwortungsvollen Umgang mit der Geschichte von Mauertoten und SED-Diktatur.



CDU Berlin zeigt Flagge am Checkpoint Charlie

5. Juli 2005, 4.30 Uhr. Unzählige Demonstranten, darunter CDU-Generalsekretär Frank Henkel, CDU-Bundestagskandidaten und viele weitere Teilnehmer der Berliner Union, demonstrieren für den Erhalt der Mauerkreuze am Checkpoint Charlie. Niemand mag

hier glauben, dass es jemand tatsächlich wagen könnte, das Mauermahnmal zu schleifen und das

Gedenken an über 1.000 Mauertote zu entweihen. Und doch: Nur wenige Stunden später beginnen Bauarbeiter unter Leitung des vom Eigentümer des Geländes, der Bankaktiengesellschaft Hamm, beauftragten Gerichtsvollzieher, die 1.065 Kreuze abzureißen.

Die Räumung des Mauermahnmals am Checkpoint Charlie ist ein Tiefpunkt für die Erinnerung an die Opfer der zweiten deutschen Diktatur und verantwortungs- und geschichtslos. Der Abriss sorgte bei den Berlinern und auch weltweit für Unverständnis und Kopfschütteln. An kaum einem anderen Ort wie dem Checkpoint Charlie konnte besser an Teilung und die Brutalität der SED-Diktatur gemahnt werden. Für die Berliner CDU trägt der rot-rote Senat einen großen Teil der Verantwortung für diesen Schlag ins Gesicht der SED-Opfer. SPD und PDS haben versagt und es bewusst unterlassen, für eine Lösung zu sorgen. Wochenlang sahen Wowereit und Flierl tatenlos zu und tragen deshalb eine entscheidende Mitschuld daran, dass das Mahnmal geschleift worden ist. Schon mit der Debatte um ein „Museum des Kalten Krieges“ hatte Flierl deutlich gezeigt, wessen Geistes Kind er ist. Offensichtlich will er die Verantwortung der

SED für Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl auf eine Blockkonfrontation reduzieren und die Toten an der Mauer gleichermaßen auf Ost und West verteilen. Mit der Schleifung des Mauermahnmals wurde eine weitere „unbequeme“ Erinnerung an das kommunistische SED-Regime entfernt. Damit bleibt der rot-rote Senat seiner unsäglichen Linie treu, die Geschichte dieser Stadt umzudeuten. Während bereits das x-te Rosa-Luxemburg Denkmal geplant ist und das 1991 in der Nähe des Müggelsees eingegrabene Lenin-Denkmal wieder aufgestellt werden soll, verschwinden die authentischen Erinnerungsstätten an Mauer und Stacheldraht nach und nach aus dem Stadtbild. Gegen diese Geschichtsklitterung wird sich die Berliner CDU auch in Zukunft an vorderster Front zur Wehr setzen. Die schrecklichen Folgen des Kommunismus und der zweiten deutschen Diktatur müssen weithin sichtbar bleiben.

SCHULJAHRESBEGINN

Senator Klaus Bögers Notstandspolitik

Nach dem erneut schlechten Abschneiden der Berliner Schülerinnen und Schüler bei der PISA-Studie versucht Bildungssenator Böger hektisch, der selbstverschuldeten Bildungsmisere Herr zu werden.

Wie schon oft hat er zum Schulbe-



ginn 2005/2006 ein „großes Reformjahr“ ausgerufen. Angesichts der Fehlplanungen befürchtet die Berliner CDU nun chaotische Zustände an den Schulen. Auf einer Pressekonferenz mit dem Generalsekretär der Berliner CDU, Frank Henkel, MdB, der bildungspolitischen Sprecherin der CDU-Frakti-

on im Berliner Abgeordnetenhaus, Katrin Schultze-Berndt, MdB, und dem CDU-Bildungsexperten Gerhard Schmid kritisierten die Unionsvertreter die planlose Schulpolitik des Bildungssenators. Eltern, Lehrer und Schüler würden gleichermaßen verunsichert. Ursache für die zu erwartenden Missstände sei die „völlig verfehlt sozialistische Bildungspolitik des Senats“, so Henkel. Überstürzt seien Reformen eingeleitet worden, bevor der Handlungsbedarf und die Ziele festgestanden hätten. Jetzt herrsche eine „Notstandspolitik“. Schultze-Berndt kritisierte vor allem die Einstellungspraxis des



Pressekonferenz in der CDU-Landesgeschäftsstelle

Schulsensators. Obwohl der Lehrerbefehl schon seit über sieben Monate feststünde, habe Böger erst in den Sommerferien hektisch versucht, Lehrer einzustellen. Auch die neue Schuleingangsphase wurde beanstandet. Individuelle Voraussetzungen wie Sprachkenntnisse und Begabung würden nicht mehr berücksichtigt. Die Lehrkräfte stünden somit vor großen Herausfor-

derungen. Böger sähe aber keinen Anlass, mit einer entsprechenden personellen Ausstattung oder deutlich verringerten Klassengrößen zu reagieren.

Schmid kritisierte zudem die Verlagerung der Horte von den Kitas

an die Schulen binnen weniger Monate. Böger habe in Gutsherrenmanier gehandelt, ohne dass die räumlichen, baulichen, personellen und zeitlichen Voraussetzungen geschaffen worden seien. Die CDU-Politiker befürchten, dass die Berliner Bildungslandschaft in einem landesweiten Feldversuch auf den Kopf gestellt werde. Terminvorgaben seien so knapp, dass

eine vernünftige und erfolgreiche Umsetzung von vorn herein in Frage stünde. Berlin brauche endlich einen Wechsel in der Bildungspolitik. Sonst gebe es bei der nächsten PISA-Studie erneut ein böses Erwachen. Beispiele für eine erfolgreiche Bildungspolitik, so die CDU-Politiker, gebe es in den unionsgeführten Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen genug.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
Berliner Presse- und Informationsdienste
Verlags- und Werbegesellschaft mbH (bpi),
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin
Tel.: 030 - 20 64 16 -0 • Fax: 030 - 20 64 16 -66

CHEFREDAKTEUR
Dirk Reitze

REDAKTION
Stefan Sukale

ANZEIGEN
Alexander Göbel

BANKVERBINDUNG
Deutsche Bank, Kto.: 107 117 400
BLZ 100 700 00

DRUCK
Druckerei Vettors, Radeburg

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.